



Die Freie Hansestadt Bremen

Regierungserklärung des

**Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,**

**abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 29. August 2019**



Es gilt das gesprochene Wort!

**Bremen gestalten: sozial gerecht, wirtschaftlich stark,
ökologisch nachhaltig und weltoffen**

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die neue rot-grün-rote Koalition ist angetreten, um das Leben der Menschen in
unserem Bundesland in den kommenden vier Jahren ein Stück besser zu machen.

Und zwar ganz konkret vor Ort – in Bremen, in Bremerhaven und in Bremen-Nord.
In den Stadtteilen und in den Quartieren, in den Kitas und in den Schulen, bei der
Arbeit und in der Freizeit.

- Wir wollen, dass es mehr Krippen- und Kitaplätze gibt. Insbesondere in den
Stadtteilen mit niedriger Versorgungsquote. Wir sind erst am Ziel, wenn es
dort den gleichen Versorgungsgrad gibt, wie in den am besten versorgten
Stadtteilen.
- Wir wollen in die Schulen investieren. Wir werden neue Schulen bauen,
bestehende mit mehr Personal ausstatten und mehr Ganztagschulplätze
anbieten.
- Wir wollen unseren Anteil daran leisten, dass Deutschland seinen
Klimazielen näherkommt und werden deshalb alle unsere Entscheidung
darauf überprüfen, ob es klimafreundlichere Alternativen gibt.
- Wir wollen ein sicheres und sauberes Bremen und Bremerhaven.
- Wir wollen, dass die Menschen sich keine Sorgen mehr machen, dass die
Mieten so steigen und sie ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können.
- Und wir wollen, dass die Wirtschaft weiter wächst und die Menschen mit
guter Arbeit und fairen Löhnen ihren Anteil daran haben.



Meine Damen und Herren,

diese Regierung wird sich daran messen lassen, ob sie diesen Zielen in den kommenden vier Jahren spürbar näherkommt. Es ist das erste Mal, dass es in einem westdeutschen Bundesland eine solche rot-grün-rote Regierungskoalition gibt. Wir wissen, dass wir in den kommenden Jahren deshalb ganz genau beobachtet werden.

Aber, um das gleich vorweg zu sagen: Die drei Parteien haben nicht deshalb zusammengefunden, weil sie ein Vorbild für andere sein wollen. Nicht in anderen Bundesländern und auch nicht im Bund. Wir haben zusammengefunden, weil wir eine stabile, verlässliche Regierung für Bremen und Bremerhaven sein wollen – sozial gerecht, wirtschaftlich stark, ökologisch nachhaltig und weltoffen.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger dann am Ende sagen: Diese rot-grün-rote Regierung hat ihre Sache gut gemacht, sie hat das Leben der Menschen in Bremen und Bremerhaven ein Stück besser gemacht, davon können andere sich ruhig eine Scheibe abschneiden - dann soll uns das natürlich trotzdem recht sein.

Meine Damen und Herren,

Bremen blickt in eine finanziell deutlich bessere Zukunft – das hätten vor Jahren viele noch für unmöglich gehalten. Vom kommenden Jahr an werden wir sogar Jahr für Jahr Schulden zurückzahlen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Bremen ist auch in Zukunft nicht auf Rosen gebettet.

Obwohl wir unter großen Anstrengungen in den vergangenen Jahren die Haushalte konsolidiert haben, bleibt das Geld knapp. Und schon jetzt ist absehbar. Unsere Ziele sind ambitioniert, zumal wir nicht wissen, wie sich die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren entwickeln werden.

In den Haushaltsberatungen wird nicht jeder Wunsch in Erfüllung gehen. Es wird, so ist es eigentlich immer bei Haushaltsberatungen, viele Diskussionen und – auch das lässt sich nicht vermeiden – es wird auch Enttäuschungen geben.



Wir werden nicht alles sofort umsetzen können, was wir für wichtig und notwendig halten. Wir werden Prioritäten setzen müssen und manche Schritte werden sicher kleiner ausfallen, als wir es gerne hätten.

Vor allem aber werden wir nicht alles auf einmal umsetzen können. Wir brauchen einen langen Atem und manchmal auch Geduld. Aber ich bin mir sicher, dass sich das lohnen wird. Denn das entscheidende ist doch, dass die Schritte – ob groß ob klein – das Entscheidende ist doch, dass diese Schritte immer in die richtige Richtung gehen.

Die drei Parteien, die diese rot-grün-rote Koalition tragen, stehen trotz unterschiedlicher Schwerpunkte für einen gemeinsamen Aufbruch unseres Landes und seiner beiden Städte. Für einen Aufbruch, der alle Kräfte unserer Bürgerinnen und Bürger mobilisiert – ihre Initiativen und ihre Phantasien, ihre Neugierde und ihre Solidarität. In Bremen und Bremerhaven, in den Stadtteilen und Quartieren, bei Frauen und Männern bei Jung und Alt.

Meine Damen und Herren,
es ist kein Zufall, dass der Koalitionsvertrag mit dem Kapitel „Kinder und Bildung“ beginnt.

Unser besonderer Blick gilt dabei den Kindern und Jugendlichen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, etwa, weil ihre Eltern erwerbslos sind, der familiäre Geldbeutel zu klein ist oder vielfältige andere Probleme die Familie zu erdrücken drohen. Damit auch diese Kinder und Jugendlichen eine faire Chance haben, eine Chance auf einen Schulabschluss, einen Ausbildungsplatz, auf Teilhabe am Leben in unseren beiden Städten – dafür müssen wir ihnen mehr als anderen helfen. Wir werden, kurz gesagt, Ungleiches auch Ungleich behandeln müssen, damit wir allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden.



Der Kita- und Schulausbau ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen für Bremen und Bremerhaven. Mit dem größten Kita-Ausbauprogramm der Geschichte hat die Stadt Bremen seit Mitte 2016 gut 3.500 neue Kitaplätze geschaffen, 25 Kitas wurden komplett neu gebaut, sieben weiter sind derzeit im Bau. 850 Kitaplätze kommen alleine im begonnenen Kita-Jahr hinzu.

Trotz aller Anstrengungen wissen wir heute: Es reicht noch nicht. Wir werden uns deshalb weiter anstrengen, wir werden weitere Krippen und Kitas bauen und wir werden zusätzliche Erzieher und Erzieherinnen ausbilden müssen.

Prioritäten werden wir in den Stadtteilen mit geringer Versorgungsquote setzen. Ihnen gilt unser Hauptaugenmerk. hier müssen und hier werden wir zulegen.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt,

- bis zum Ende der Legislatur für mindestens 60 Prozent aller unter-dreijährigen Kinder Krippenplätze in ihrem Stadtteil zu schaffen,
- den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem ersten Geburtstag auf 30 Wochenstunden zu erhöhen,
- in mindestens einer Einrichtung pro Stadtteil längere Öffnungszeiten anzubieten und als Modellvorhaben eine 24-Stunden-Betreuung zu testen.

Meine Damen und Herren,
der Schulbau bedeutet eine riesige Herausforderung. Die Schule der Zukunft ist inklusiv, im Ganztagsbetrieb und gerüstet für die Herausforderung der Digitalisierung. 17 allgemeinbildende Schulen müssen in der Stadt Bremen komplett neu gebaut werden. 96 von 120 Standorten werden zudem ausgebaut. Das ist nicht weniger als eine Mammutaufgabe, die auch über diese Legislaturperiode hinausreicht.



Wir werden deshalb eine Senatskommission unter meinem Vorsitz einsetzen, um für diese gewaltige Aufgabe

- schnell entscheiden
- neue Arbeitsstrukturen zwischen den Ressorts aufbauen
- und bessere Abläufe etablieren zu können.

Den formellen Einrichtungsauftrag haben wir bereits in der konstituierenden Sitzung des Senats auf den Weg gebracht. Sie sehen also, dass wir es ernst meinen.

Wir müssen aber nicht nur Schulen und Kitas bauen, wir müssen auch mehr Fachkräfte für die Arbeit mit unseren Kindern und Jugendlichen gewinnen. Ob uns das gelingt ist entscheidend dafür, dass wir gute Bildung und Betreuung für alle anbieten können. Wir werden deshalb hierfür:

- die Zahl der Ausbildungsplätze an den Fachschulen weiter hochfahren,
 - in den nächsten Jahren schrittweise zu einer vergüteten Regelausbildung kommen
- und
- in Kitas in schwierigem Umfeld mehr Personal einsetzen, um die Erzieherinnen und Erzieher dort zu entlasten.

Konkret sollen in den kommenden vier Jahren bis zu 400 Gruppen aus Mitteln des Gute-Kita-Gesetzes eine verbesserte Personalausstattung erhalten. Wir wollen zudem alle Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlen und in die Tarifgruppe 8b hochstufen. Und wir wollen den Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Einrichtungen weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren,

Klimaschutz ist ein zentrales Anliegen dieser Koalition. Wenn wir unseren Kindern und Enkeln ein lebenswertes Bremen und Bremerhaven hinterlassen wollen, ist es



dringend an der Zeit, besonders in den Bereichen Mobilität, Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Wirtschaft, aber auch in allen anderen Regierungsfeldern radikal umzudenken. Ob das Schulneubauten und Quartiersentwicklungen sind oder einfacher Wohnungsbau und ökologische Industriepolitik zur Debatte stehen – der Klimaschutz im Sinne von klimaneutralem Bauen, neuen Werkstoffen, Verkehrswende, Naturerhalt oder Kohleausstieg muss stets im Vordergrund stehen.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Pariser Klimaschutzabkommen. Das Bremer Klimaziel bis 2030 heißt daher: eine Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 80 Prozent. Diese Regierung will beim Klimaschutz als Vorbild voranschreiten. Klimaschutz bedeutet übrigens nicht automatisch Verzicht und Verbote. Klimaschutz erhöht die Lebensqualität. Wenn wir dies als Regierung deutlich machen können und wenn wir Klimaschutz sozialverträglich und sozial ausgewogen gestalten, können wir gemeinsam mit den Bremerinnen und Bremern unseren Teil dazu beitragen, diesen Planeten lebenswert zu erhalten.

Wir wollen den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2023 schaffen und dazu unmittelbar die Gespräche mit den Unternehmen, den Belegschaften und Gewerkschaften aufnehmen. Das Erreichen unserer Bremer Klimaziele ist jedoch maßgeblich von den Rahmenbedingungen von Bundesregierung und EU abhängig. Wir setzen uns daher auch auf diesen Ebenen für eine drastische Steigerung der Klimaschutzanstrengungen ein. Ein wichtiges Element dabei ist die Reduktion des Autoverkehrs. Daher ist es konsequent, die Innenstadt bis 2030 autofrei zu gestalten.

Wir werden zudem die Schlüsselmaßnahmen der Klimaanpassungsstrategie umsetzen und die dafür erforderlichen Finanzmittel bereitstellen. Auch der Generalplan Küstenschutz wird umgesetzt, wie beispielsweise die Deicherhöhungen in Bremerhaven und Bremen. Die Stadtstrecke mit den Platanen ist für die Neustadt prägend. Eine Deicherhöhung und -verstärkung ist aber notwendig, um den Schutz der Neustadt vor künftigen Hochwasserereignissen zu gewährleisten. Über die genaue Ausgestaltung der künftigen Stadtstrecke wird es



wie bisher eine intensive Beteiligung der Neustädter Bevölkerung und der Initiativen, des Beirates und des Deichverbandes geben.

Meine Damen und Herren,

Bremen ist eine grüne Stadt – und genau das soll sie auch bleiben. Oder besser: Bremen soll und kann noch grüner werden. Ökologisch oder für das Stadtklima besonders wertvolle Gebiete, werden wir nicht bebauen. Zugleich wollen wir Bremen in allen Stadtteilen noch grüner machen. Benachteiligte Quartiere werden identifiziert und gezielt stärker begrünt.

Die Windenergieerzeugung in Bremen muss weiter ausgebaut werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass der Deckel in der Windkraftförderung gestrichen wird. Bremerhaven hat sich als Offshore-Forschungs- und - Entwicklungsstandort positiv entwickelt. Diese Entwicklung wollen wir weiterhin unterstützen. Wasserstoff ist eine zentrale Zukunftstechnologie: Wir wollen diese gezielt fördern, insbesondere am Standort Bremerhaven, und geeignete Modellprojekte initiieren. Wir wollen ein Landesprogramm „Solar Cities“ schaffen, um die Photovoltaik in Bremen und Bremerhaven systematisch auszubauen, zum Beispiel auf allen geeigneten öffentlichen Dächern.

Zusätzlicher Wohnungsbau für Bremen ist eine zentrale Aufgabe dieser Koalition. Dieser muss für alle Alters- und Bewohnergruppen in allen Stadtteilen geschaffen werden. Dazu benötigen wir neue Wohnungen in allen Preissegmenten. Wir wollen darum die Voraussetzungen für 10.000 zusätzliche Wohnungseinheiten in dieser Wahlperiode schaffen. Den sozialen Wohnungsbau sehen wir, neben dem kommunalen Wohnungsbau – wo Staewog, Brebau und Gewoba zentrale Akteure für eine soziale und die Quartiere stützende Wohnungspolitik sind -, als ein Instrument, um Wohnungsangebote für Bevölkerungsgruppen zu schaffen, die ihren Wohnbedarf am freien Markt aufgrund ihres geringen Einkommens nicht decken können.



Die auch in Bremen sinkende Zahl der Sozialwohnungen in Bremen ist kritisch. Es gilt, bis 2023 die Zahl von 8.000 Wohnungen in der Stadtgemeinde Bremen zu erreichen. Beim Neubau wollen wir die Sozialquote auf 30 Prozent erhöhen.

Zur Sicherung der Ziele der Wohnungspolitik und der Stadtentwicklung ist die Nutzung städtischer Flächen bedeutend. Wir wollen eine Bodenpolitik nach städtebaulichen, sozialen und ökologischen Kriterien verfolgen. Die Veräußerung öffentlichen Grundbesitzes primär zur Stärkung des Haushalts werden wir beenden. Damit sichern wir nachhaltig den Einfluss auch zukünftiger Generationen auf die Entwicklung der Stadt. Grundstücke werden daher zukünftig in erster Linie durch Erbbaurecht mit langfristigen Nutzungsvorgaben vergeben.

Der Bremer Norden hat sich in den vergangenen Jahren zu einem attraktiven Wohnstandort entwickelt, gleichzeitig haben die drei Stadtteile weiterhin mit unterschiedlichen Strukturproblemen zu kämpfen. Das Integrierte Struktur- und Entwicklungskonzept soll dazu beitragen, die Attraktivität und die Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Bremer Norden weiter zu verbessern.

Die Bürgerinnen und Bürger haben zudem per Volksentscheid entschieden, dass das Gelände der Galopprennbahn nicht bebaut werden soll. Wir werden einen Prozess einleiten, in dem in Abstimmung mit den Beiräten, Anwohnerinnen und Anwohnern und weiteren Akteuren der Stadt über die zukünftige Entwicklung des Geländes beraten wird - und dazu auch die Rennbahn-Initiative einladen. Besonders wichtig ist hier die ökologische Aufwertung des Gebietes und die Schaffung von Wegebeziehungen zwischen den benachbarten Stadtteilen. Diese werden wir in den Kontext der Entwicklung des gesamten Ostens einbinden.

Meine Damen und Herren,

die Bremer Innenstadt befindet sich in einer Phase des Auf- und Umbruchs. Wir werden die City als innovatives, integriertes Zukunftsprojekt mit Bedeutung für die Gesamtstadt und die Metropolregion kraftvoll, klimagerecht, nachhaltig mobil und autofrei, mit mehr Wohnen in einem breit angelegten Dialogprozess entwickeln.



Wir werden die Bedingungen für den Rad- und Fußverkehr gezielt verbessern. Das bestehende Radwegenetz insbesondere auch in den innenstadtfernen Gebieten muss saniert werden. Radverkehr wird eine feste Größe in der Planung von Straßenbaumaßnahmen.

Die Anbindung der Stadtteile Links der Weser werden wir verbessern. Daher werden wir in dieser Wahlperiode drei Weserquerungen für den Fuß- und Radverkehr planen und bauen. Wir werden außerdem die Premiumradrouten ausbauen und geschützte Radwege, sogenannte „protected bike lanes“ schaffen. Dies kann z.B. in der Martinistraße, auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke oder der nördlichen Parkallee umgesetzt werden.

Der Bremer ÖPNV soll attraktiver werden. Das bedeutet, eine höhere Angebotsqualität mit einem deutlich günstigeren Preissystem zu verbinden. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie werden die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Einführung eines kostenfreien ÖPNV geklärt. Auf dieser Basis werden die Modelle des kostenfreien ÖPNV, des ticketlosen ÖPNV und des 365-Euro-Tickets ergebnisoffen geprüft. Das Stadtticket reduzieren wir auf 25 Euro pro Monat und weiten den Kreis der Berechtigten aus. Da die Mobilitätskosten im ÖPNV viele Familien vor große Herausforderungen stellen, werden wir in dieser Legislaturperiode das Stadtticket für berechtigte Kinder kostenlos machen und für Schüler, Azubis und Freiwilligendienstleistende ein gemeinsames reduziertes Ticket einführen, das 25 Euro pro Monat kosten soll. Den BSAG-Nachtzuschlag schaffen wir ab.

Wir werden uns im Zweckverband Verkehrsverbund Bremen / Niedersachsen dafür einsetzen, dass es keine weiteren Preiserhöhungen gibt.

Das Projekt der „Umweltwächter“ im Bremer Norden werden wir verstetigen und in geeigneter Weise in alle Stadtteile ausweiten, in denen ein Bedarf besteht. An Weser und Badeseen werden zusätzliche Kapazitäten der Müllentsorgung gewährleistet und Pfandringe an Mülleimern angebracht. Wir unterstützen



Initiativen, die Müll einsammeln, indem sie keine Müllgebühr für die gesammelten Abfälle zahlen müssen.

Meine Damen und Herren,

die Stärkung des sozialen Zusammenhalts ist eines der großen Ziele der drei Koalitionspartner und gehört damit zu den Schwerpunkten des neuen Regierungsbündnisses. Die Bekämpfung von Armut und das Vermeiden eines weiteren Auseinanderdriftens der Stadtteile sind deshalb zentrale Handlungsfelder für den Senat. Denn wir wissen: Die Lebenslagen sind in den Stadtteilen schon jetzt sehr unterschiedliche – damit wollen und werden wir uns nicht abfinden.

Das heißt, dass wir die Quartiere stärken müssen, unter anderem durch Förderung gesellschaftlicher Initiativen und Teilhabe. Die Koalition sieht darin eine ihrer zentralen Aufgaben im Kampf gegen soziale Spaltung und Armut. Hier liegt ein deutlicher Schwerpunkt der Arbeit des Sozialressorts.

Konkret bedeutet dies:

- Wir werden die WiN-Gebiete finanziell und personell besser ausstatten und das Programm konzeptionell weiterentwickeln.
- Wir werden die Quartiere stärken und dort Orte der Begegnung schaffen. Wir denken dabei an wohnortnahe Angebote, mit denen Kinder, Familien und alte Menschen möglichst unkompliziert Unterstützung, Beratung und Förderung erhalten.
- Wir werden das Integrationsbudget fortführen. Den Geflüchteten, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, hier eine Perspektive zu geben, erfordert einen langen Atem.
- Wir werden die Jugendarbeit stärken und qualitativ weiterentwickeln.

Behindertenpolitik versteht der rot-grün-rote Senat als eine Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts angeht. Sie ist ausgerichtet an der gleichberechtigten Teilhabe und Selbstbestimmung behinderter Menschen. Und sie trägt den besonderen Belangen Rechnung – von behinderten Frauen, Männern, Kindern und Eltern, von behinderten



älteren Menschen, Behinderten mit Migrationshintergrund und Behinderten, die von Obdachlosigkeit bedroht sind.

Selbstbestimmung und Gleichberechtigung sind unsere Ziele – wir wollen Bremen und Bremerhaven als zwei inklusive Städte gestalten.

Deshalb werden wir:

- das Bundesteilhabegesetz umsetzen. Behinderte Menschen sind für uns mehr denn je Partner und Partnerinnen auf Augenhöhe;
- mehr Menschen mit Beeinträchtigung in den Arbeitsmarkt integrieren und dazu Inklusionsbetriebe fördern. Eine wichtige Vorbildfunktion kommt hierbei dem Öffentlichen Dienst als Arbeitgeber zu;
- und wir werden im Rahmen eines Pilotprojekts die Belegrechte für 50 Wohnungen pro Jahr kaufen und dadurch im gesamten Stadtgebiet Bremens Angebote für Wohnunglose schaffen.

Meine Damen und Herren,

Sport ist wichtig für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Gesundheitsprävention über ein ganzes Leben ist mehr als einfach nur eine Beschäftigung in der Freizeit. Der Senat denkt deshalb Bewegungsförderung und Sport zusammen. Dabei liegt der Fokus auf den Angeboten des organisierten Sportes. Aber auch die Förderung außerhalb von Sportvereinen ist eine zunehmend wichtige Herausforderung.

Wir werden deshalb:

- die Übungsleiterpauschale erhöhen und den Bau von Vereinsporthallen unterstützen;
- Geld für die Sanierung öffentlicher und vereinseigener Sporthallen bereitstellen;
- das Bäderkonzept weiter umsetzen, also das Horner Bad neu bauen, das Westbad umbauen und darüber hinaus das Vegesacker Bad wie auch die übrigen Bäder nach und nach modernisieren;



- die Eintrittspreise für die Bäder, insbesondere für Kinder und Jugendliche, senken;
- sowie gemeinsam mit dem Sport ein Konzept „Leistungssport“ erarbeiten.
- Wir werden die Gründung eines Hauses der Athleten unterstützen in der Erwartung, dass der Bau- und Betrieb privat finanziert wird.
- Und wir haben das Ziel, die Oberschule Ronzelenstraße langfristig zu einer Eliteschule des Sports weiterzuentwickeln.

Meine Damen und Herren,

gute Arbeit, faire Entlohnung und die Stärkung der Tarifbindung sind Ankerpunkte unserer Wirtschaftsordnung. Wir wollen deshalb den Menschen einen Ausweg aus der Langzeitarbeitslosigkeit bieten, die Chancen von Frauen und Alleinerziehenden bei allen Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen besonders berücksichtigen und den Landesmindestlohn schrittweise erhöhen.

Wir setzen uns zudem für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen auf Landesebene ein. So wie jetzt schon bei Hotels und Gaststätten werden wir weiter mit Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflege kämpfen.

Denn die Pflegekräfte müssen besser bezahlt werden. Das ist ein starkes Zeichen gegen den Pflegemangel.

Meine Damen und Herren,

erklärtes Ziel ist es, gemeinsam mit der Wirtschaft die Zahl der Auszubildenden zu erhöhen. Wir werden die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende verbessern und deshalb zu deren Unterstützung

- für Teilzeitausbildungen werben,
- diese mit flexiblen Kinderbetreuungsmöglichkeiten flankieren und
- die Beratungsstellen ausbauen.



Öffentliche finanzierte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze werden wir ausbauen und mit Qualifizierungsmaßnahmen sowie mit Kinderbetreuung versehen.

Und wir werden gegen die schlechtere Bezahlung von Frauen vorgehen, den sogenannten Gender Pay Gap. Diese Ungerechtigkeit zu beenden, ist unser erklärtes Ziel.

Wir werden uns deshalb auf Bundesebene für ein Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen Regelungen und wirksamen Sanktionen einsetzen.

Meine Damen und Herren,
die Wirtschaft im Land Bremen ist die Grundlage von Beschäftigung, Produktion, Handel und Versorgung. Wir schaffen deshalb Rahmenbedingungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Bremen und Bremerhaven. Wir wollen, dass alle vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren.

Die Wirtschaftspolitik in der neuen Legislaturperiode wird maßgeblich vom Dialog mit den Unternehmen geprägt sein. Gemeinsam mit den Sozialpartnern werden wir die Themen formen und umsetzen. Dabei werden wir die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen im Blick behalten und eine moderne Wirtschaftspolitik machen, in der wir mit allen Partnern gemeinsam die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Wirtschaft noch weiter stärken werden.

Gute Arbeit ist eine notwendige Voraussetzung, um in einer digitalisierten Welt erfolgreich zu sein.

Wir werden im Dialog mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern neue Ausbildungs-, Qualifizierungs- sowie Beratungsangebote z.B. für die Themen Beruf und Familie entwickeln, sowie insbesondere auch Alleinerziehende unterstützen.

Wie beim „Runden Tisch Luft- und Raumfahrt“ werden wir dieses Format auch in anderen Branchen mit den Sozialpartnern umsetzen.



Die seit zwölf Jahren entwickelte Clusterpolitik bündelt die starken Unternehmen, die exzellente Wissenschaft, wissensbasierte Dienstleistungen sowie die Maßnahmen des Senats zu einem wachstumsorientierten, nachhaltigen Entwicklungskurs. Die international sichtbaren Cluster Luft- und Raumfahrt, Automotive, maritime Wirtschaft und Logistik werden wir um das Cluster „Windenergie, regenerative Energiewirtschaft, Speichertechnologie und Klimatechnik“ erweitern. Die starke Nahrungs- und Genussmittelbranche wird zu einem Cluster in beiden Städten ausgebaut.

Zudem werden wir die Erzeugung, Speicherung und Einsatzmöglichkeit von Wasserstoff in der Industrie und in der Mobilität aktiv fördern. Der grüne Wasserstoff eröffnet den Standorten Bremen und Bremerhaven erfolgreiche Zukunftsmärkte.

Meine Damen und Herren,

der Großteil der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Bremen und Bremerhaven ist in kleinen und mittleren Unternehmen, im Handwerk und im Dienstleistungssektor beschäftigt. Insbesondere diese Unternehmen und ihre Beschäftigten sind stark, sowohl von den neuen Chancen, aber auch von den Herausforderungen neuer digitaler Technologien und Geschäftsmodellen, betroffen. Wir wollen deshalb gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Bremen insbesondere für die kleinen und kleinsten Unternehmen Förderinstrumente, Beratungs- und Qualifizierungsangebote entwickeln, die sich an den Chancen für diese Unternehmen orientieren.

Dabei werden wir auch die besonderen Bremer Stärken in der Digitalisierung in den Fokus nehmen, nämlich 3D-Druck und Künstliche Intelligenz. Wir wollen mit Partnern aus der Wirtschaft und der Wissenschaft die Vorreiterrolle Bremens beim digitalen Nachwuchs weiter ausbauen.



Die Wirtschaft ist aber auch auf eine aktive und gut ausgestattete Wirtschaftsförderung angewiesen. Daher werden wir die Instrumente der Wirtschaftsförderung überprüfen, ob sie die Unternehmen effizienter, niedrigschwelliger und schneller unterstützen können.

Neben der Ansiedlung von Unternehmen gilt dies für die Bestandsunternehmen wie auch für den Bereich der Unternehmensgründungen und Startups

Wir wollen die Innovationspotentiale der jungen Gründer und Gründerinnen nutzen und diese gemeinsam mit der etablierten Wirtschaft als Innovationsmotor gewinnen. Das Starthaus hat sich bereits als gute Basis für Unternehmensgründungen und Startups entwickelt. Wir wollen hier insbesondere Gründerinnen gezielt ansprechen, das unternehmerische Potenzial von Frauen entwickeln und Frauen mit Migrationshintergrund unterstützen.

Meine Damen und Herren,

eine wachsende Wirtschaft ist auf eine aktive Gewerbeflächenentwicklung angewiesen. Wir werden daher das Gewerbeentwicklungsprogramm neu fassen. Die Bestandsentwicklung ist dabei genauso wichtig wie die Neuerschließung von Gewerbeflächen. Dabei werden wir verstärkt auf Erbpacht setzen.

Ein Schlüsselprojekt für die regionale Kooperation und die Entwicklung des Wirtschaftsraumes Bremen ist die länderübergreifende Erschließung und Vermarktung des Gewerbegebietes Achim-West. Zudem werden wir die Beschlüsse für die Planung der nächsten Ausbaustufe des Gewerbeparks Hansalinie konsequent umsetzen und den Bedarf der Luft- und Raumfahrtindustrie für Flächen-Entwicklungen in der Umgebung des Flughafens prüfen und auf dieser Grundlage entsprechende Vorschläge machen.

Mit den großen Stadtentwicklungsprojekten wird sich unsere Innenstadt deutlich verändern. Dies werden wir begleiten und lenken. Hierfür werden wir die notwendigen Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen, um Investitionen zu



ermöglichen, die die Stadt für Einzelhandel, und die Bürger noch attraktiver machen werden.

Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit den Startups, den etablierten Unternehmen, der Kultur und der Wissenschaft weitere Zukunftsorte kreieren. Wir wollen Orte wie das Brinkmann-Gelände, die Überseeinsel aber auch den Technologiepark mit dem DIGIHUB, die Projekte „Goethe 45“ und „Bürger“ in Bremerhaven zu solchen Zukunftsorten entwickeln und die Gründermilieus dadurch anregen.

Zudem wird der Bedarf an Fachkräften weiter steigen und zu einem Kernfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Die vielseitige und leistungsfähige Wissenschaftslandschaft in Bremen und Bremerhaven sowie die duale Berufsausbildung zählen bereits heute zu den Stärken im Land.

Wir werden im Dialog mit den Unternehmen das Land als zukunftsorientierten Standort für Fachkräfte durch die Entwicklung einer Standortarbeitermarke und entsprechenden Serviceleistungen für Unternehmen im Bereich der Fachkräftakquise sowie bei der Ankunft in den Bremer Unternehmen positionieren.

Der Tourismus hat sich mit über 30.000 Beschäftigten in den vergangenen Jahren zu einem immer wichtiger werdenden Bestandteil der Wirtschaft entwickelt. Wir werden die mit den Leistungsträgern des Tourismus entwickelte Tourismusstrategie konsequent umsetzen.

Wir werden den Messestandort Bremen weiter stärken und haben das Ziel, mit der Messe Bremen zukünftig jährlich mindestens zwölf Großveranstaltungen mit mehr als 1.500 Tagungs- und Kongressteilnehmern umzusetzen.

Die Gewerbemeldungen können im Land Bremen bereits seit 2017 online durchgeführt werden. Wir wollen zukünftig weitere Dienstleistungen für die Unternehmen und Gewerbetreibenden online anbieten. Durch die Digitalisierung



der Antragsverfahren werden wir eine weitere Verbesserung der Dienstleistungsqualität erreichen.

Das Wirtschaftsressort wird gemeinsam mit dem Finanzressort die Vorgaben des Onlinezugangsgesetz bis 2023 umsetzen und so den Unternehmen die Kommunikation mit den Behörden erleichtern.

Meine Damen und Herren,

Bremen verfügt über eine jahrhundertelange Tradition der Offenheit, Toleranz und Kooperation über Grenzen hinweg. Der Europäischen Union stehen wir daher von jeher konstruktiv und kooperativ gegenüber und nutzen unsere Gestaltungsmöglichkeiten aktiv. In näherer Zukunft werden wir uns insbesondere dafür einsetzen, die Europäische Säule sozialer Rechte weiter zu entwickeln. Auch der künftige Mehrjährige Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 muss so ausgestattet sein, dass er den sozialen ebenso wie den ökologischen Gegebenheiten in der Europäischen Union Rechnung trägt. Die EU muss zeigen, dass sie das Leben der Menschen spürbar verbessern kann!

Meine Damen und Herren,

die bremischen Häfen sind und bleiben ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für das Land Bremen.

Sie entfalten eine hohe Beschäftigungswirkung, auch über die Häfen hinaus. Durch die Fortentwicklung der Anreizsysteme für eine umweltfreundlichere Schifffahrt leisten wir einen Beitrag zur Erhaltung unserer Umwelt, unter Beachtung der wirtschaftlichen Bedarfe aller Akteure in den bremischen Häfen.

Wir stehen zur Verantwortung für unsere Häfen. Diese waren, sind und bleiben der Wachstumsmotor der bremischen Wirtschaft. Sie erfordern neben einer verlässlichen Instandhaltung eine klare Wachstumsperspektive und gute Anbindungen auf der Straße, dem Wasser und der Schiene. Mit gezielten Investitionen in optimierte Verkehrswägen, Flächen und innovative Projekte werden wir den Erfolg der Häfen fortsetzen. Die Anpassung der Außenwesen in Verbindung



mit einer Leistungssteigerung des Hafens hat dabei für uns höchste Priorität, denn die Weltseeschifffahrt entwickelt sich rasant.

Wir sind überzeugt davon, dass die Energiewende nur mit dem Ausbau der Offshore-Windenergie gelingen wird. Als Hafen- und Logistikstandort stehen wir deshalb in der Verantwortung, die dafür erforderliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Zumal leistungsfähigere Stromnetze und der technologische Fortschritt bei der power-to-X-Technologie den Weg frei machen für eine Wiedererstarkung des Offshore-Standortes Bremerhaven.

Weil aber die Politik der Bundesregierungen zu einem Fadenriss beim Ausbau der Offshore-Windenergie geführt hat, werden wir die für den OTB gebildeten Rücklagen für Wirtschaftsstrukturprojekte in Bremerhaven einsetzen – im Bereich der Energiewende, der Green Economy und der Lebensmitteltechnologie. Die Koalition bekennt sich damit zu Bremerhaven und wird die Wirtschaft in der Seestadt weiter stärken.

Zudem werden wir eine kurzfristige Alternative zur Verschiffung von Offshore-Komponenten schaffen und die Westkaje im Fischereihafen und gegebenenfalls den CT1 ertüchtigen. Vor diesem Hintergrund werden wir den Bau des OTB in dieser Legislaturperiode zurückstellen, den vom Verwaltungsgericht vorgegebenen Weg weiterverfolgen und die Lage anschließend neu bewerten. Wir werden aber auch das Gesprächsangebot des BUND annehmen und über ein Hafenkonzept sprechen, das zu deutlich geringeren Eingriffen in die Natur führt.

Diese Koalition steht zu den Häfen in Bremen und Bremerhaven.

Wir werden:

- unser Einvernehmen zur Außenweservertiefung erklären,
- in die Häfen in Bremen und Bremerhaven weiter investieren, etwa in die Kajen im Fischereihafen,



- für den Neustädter Hafen ein Entwicklungskonzept erstellen, um die Auslastung des Hafens und der Kajen zu erhöhen,
- den Kreuzfahrtterminal zu einem modernen, hoch leistungsfähigen Terminal ausbauen und
- über bremenports alles Erforderliche tun, um noch in dieser Legislaturperiode einen CO2-neutralen Betrieb unserer Häfen zu erreichen.

Meine Damen und Herren,

Armut macht krank – und Krankheit macht arm. Für den Bremer Senat bedeutet Gesundheit körperliches, geistiges und soziales Wohlergehen. Deshalb bekennt sich der Senat zum „Health in all policies“-Ansatz. Gesundheitliche Chancengerechtigkeit soll als Querschnittsaufgabe berücksichtigt werden.

Deshalb werden wir integrierte Gesundheitszentren in den Quartieren aufbauen, die sozial vor besonderen Herausforderungen stehen. Beginnen werden wir im Bremer Westen. Dafür werden wir den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und mit den Krankenhäusern, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, neuen Hebammenzentren und therapeutischen, sozialen und Verbraucherschutzangeboten vernetzen. Dadurch soll insbesondere die Prävention verstärkt werden. Indem die unterschiedlichen Krankheits- und Suchtrisiken von Frauen und Männern, Kindern und Alten, Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten berücksichtigt werden.

Gerade im Bereich psychischer Krankheiten werden wir eine wohnortnahe, niedrigschwellige und ambulante Versorgung durch die konsequente Umsetzung der Psychiatriereform vorantreiben und durch einen neuen Landesplan Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung effektiver helfen. Dazu gehört, wenn die bereits in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zu einem positiven Ergebnis kommt, auch die Finanzierung eines Drogenkonsumraums.

Um die gute Krankenhausversorgung im Land weiterhin sicherzustellen, wird das Land die Krankenhausinvestitionen im Rahmen der dualen Finanzierung



schrittweise erheblich steigern. Gerade die kommunalen Häuser sind für eine umfassende Versorgung der Patientinnen und Patienten in Bremen und Bremerhaven von essentieller Bedeutung. Mit der Umsetzung einer geeigneten Medizinstrategie für die Gesundheit Nord und sollen die Versorgung der Patienten, die Situation der Beschäftigten und auch das Betriebsergebnis verbessert werden. Weitere finanzielle Entlastungen wollen wir prüfen.

Wir werden weitere von Hebammen geleitete Kreißäle aufbauen, wir unterstützen den Aufbau von Hebammenzentren in unversorgten Stadtteilen und setzen uns für die Verbesserung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen von Hebammen ein.

Meine Damen und Herren,
eine der größten Herausforderungen ist die Sicherung von Fachkräften für die Gesundheits- und Pflegeberufe. Wir werden im Rahmen der neuen generalistischen Ausbildung die Ausbildungsplatzzahlen deutlich erhöhen, wir schaffen neue Studienplätze in der Pflege und wollen drei Mal so viele Hebammen wie bisher ausbilden.

Auf der Bundesebene treten wir für verbindliche Personalbedarfe in Krankenhäusern ein. Bei der Altenpflege wollen wir ältere Menschen und ihre Angehörige durch eine Reform der Pflegeversicherung entlasten und wir werden zusätzliche Tages- und Nachtpflegeplätze aufbauen.

Meine Damen und Herren,
geschlechtergerechte Städte sind ein entscheidender Standortfaktor für die strategische, wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung unseres Bundeslandes. Wir wollen für Bremen und Bremerhaven eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit, geschlechtergerecht besetzte Führungspositionen und die Aufwertung jener Berufe und Arbeitsbereiche, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind – in der Kranken- und Altenpflege etwa, oder in den Krippen und Kindergärten.



Besonders Frauen in prekären Lebenslagen, zugewanderte, geflüchtete und psychisch belastete Frauen brauchen geschlechterspezifische Ansätze in der Gesundheitsversorgung. Dabei werden wir die Gesundheitseinrichtungen unterstützen.

Alleinerziehende befinden sich in Bremen besonders häufig in prekären Lebens- und Arbeitssituationen. Wir wollen deren Situation maßgeblich verändern und ein eigenständiges Programm für Alleinerziehende verankern – um Qualifizierung, Teilzeitausbildung und Schulabschlüsse von Alleinerziehenden zu sichern. Wir werden uns dafür einsetzen, die vorhandenen Frauenprojekte finanziell besser auszustatten.

Und schließlich: Frauen vor Gewalt zu schützen ist uns ein sehr wichtiges Anliegen, dem wir mit einem ressortübergreifenden Landesaktionsplan Rechnung tragen werden.

Meine Damen und Herren,
die Wissenschaft in Bremen und Bremerhaven leistet nicht nur eine hohe Qualität in der Lehre und in der Forschung.
An den Hochschulen im Land sind aktuell mehr als 33.000 Studierende immatrikuliert. Und das bremische Wissenschaftssystem schafft direkt und indirekt 21.000 Arbeitsplätze.

Wir wollen in den kommenden Haushalten die Umsetzung des Wissenschaftsplans 2025 sicherstellen. Damit wollen wir den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit mit einem deutlichen Aufwuchs bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts geben und den Plan mit Leben füllen. Dies ist als ein klares Signal für die Schwerpunktsetzung im Wissenschaftsbereich zu bewerten sowie als Anerkennung der zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Hochschulstandorts Bremen.



Durch ihre Forschungs- und Entwicklungsprojekte sichern die Wissenschaftseinrichtungen den Innovationsbedarf der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft und tragen damit ganz wesentlich zu einer hohen Wettbewerbsfähigkeit und zu mehr Wachstum und Beschäftigung bei.

Mit der geplanten Erhöhung der Studierendenzahlen an allen vier bremischen Hochschulen wollen wir das Konzept „Wachsende Stadt“ unterstützen, auch mit Hinblick auf den Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften hier vor Ort. Konkret soll an der Hochschule Bremerhaven bis 2025 die Zahl von 4.000 Studienplätze erreicht werden. Ebenso ist die Förderung guter Beschäftigungsverhältnisse an den Wissenschaftseinrichtungen von hoher Bedeutung, um im bundesweiten Wettbewerb um die besten Forscherinnen und Forscher mithalten zu können.

Ein wichtiges Thema der kommenden Jahre ist die Digitalisierung der Hochschulen und der Universitäts- und Staatsbibliothek in den Bereichen Forschung, Lehre, Wissensmanagement und Verwaltung. Hierfür wollen wir mit den Akteuren ein gemeinsames Konzept entwickeln.

Die Internationalisierung der Hochschulen soll auf allen Ebenen vertieft und erweitert werden. Die Bremer Forschung ist bereits jetzt sehr erfolgreich bei der Einwerbung von EU-Fördermitteln. Dieses hohe Niveau wollen wir halten und ausbauen helfen.

Im Bereich des Wissens- und Technologietransfers werden die Bereiche Wissenschaft und Wirtschaft noch enger als bisher zusammenarbeiten. Künstliche Intelligenz als Schlüsseltechnologie ist dabei eines der wesentlichen Schlaglichter. Bremen ist hier schon heute ein führender Forschungsstandort.

Die Bremer Robotik ist mit ihren wissenschaftlichen Arbeiten in Deutschland einzigartig und daher geeignet, gemeinsam von Wissenschaft und Wirtschaft zum



Alleinstellungsmerkmal „Künstliche Intelligenz made in Bremen“ ausgebaut zu werden.

Die Umsetzung dieser Ziele in Lehre, Forschung und Transfer erfordert die Sanierungen von Gebäuden, Neubauten und zum Teil auch die Ausweisung neuer Campusflächen. In der vor uns liegenden Legislaturperiode stehen deshalb zahlreiche Bau- und Sanierungsvorhaben an, sowohl an der Universität Bremen als auch bei den anderen staatlichen Hochschulen und Forschungsinstituten.

Gleichzeitig besteht aber nach wie vor ein großer Bedarf an preisgünstigen Wohnungen für Studierende. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir in Bremen und Bremerhaven deshalb mindestens 750 neue Wohnheimplätze schaffen.

Meine Damen und Herren,
es ist für mich eigentlich selbstverständlich, aber ich möchte noch einmal betonen, dass der Senat sich für den Schutz der Kunstrechte einsetzt und diese auch verteidigen wird, denn wir erleben zunehmend, dass sie in Frage gestellt wird. Gerade die AfD liefert dafür bundesweit erschreckende Beispiele.
Im Verständnis des Senats leistet Kultur einen wichtigen Beitrag, urbane Lebensqualität zu sichern. Kultur wirkt dabei nicht nur lokal. Bremen übernimmt in der Metropolregion Nordwest eine zentrale Funktion als Oberzentrum und kann dieser langfristig nur gerecht werden, wenn wir die vorhandenen Strukturen stärken und zukunftsgerecht weiterentwickeln.
Attraktive Einrichtungen wie das Theater Bremen, die Bremer Philharmoniker, die Deutsche Kammerphilharmonie und die Shakespeare Company, die Kunsthalle und die gesamte breit aufgestellte Museumslandschaft werden dank der sehr qualifizierten Arbeit der Kulturschaffenden auch überregional wahrgenommen. Unsere vielfältige Kulturszene ist, ergänzt um die Träger klassischer kultureller Bildung wie Stadtbibliothek, Volkshochschule und Musikschule, auch ein wichtiger Standortfaktor für die Stadt- und Quartiersentwicklung. Dies gilt selbstverständlich



auch für freie kulturelle und künstlerische Initiativen, deren vielfältige Aktivitäten eine Stadtgesellschaft in besonderer Weise widerspiegeln.

Die Teilhabe an kulturellen Angeboten stärkt zudem das Gemeinschaftsgefühl von Menschen, ermöglicht neue individuelle Bildungszugänge und besitzt eine integrative Funktion. Deshalb werden wir weiterhin die klassischen Kultureinrichtungen verlässlich unterstützen. In Vorbereitung befindet sich zudem die Bremer Bewerbung als „City of Literature“. Außerdem wollen wir ein „Bremer Zentrum der Freien Szene“ (Kunsthaus) schaffen, um dem gesteigerten Bedarf an Produktions- und Aufführungsorten gerecht zu werden.

Es ist erfreulich, dass sich in Bremen wieder junge freie Künstlerinnen und Künstler niederlassen, die mit ihren Produktionen in den Bereichen Musik, Schauspiel, Tanz und Bildende Kunst das Angebot bereichern. Diese wollen wir langfristig an die Stadt binden.

Wir wollen wir die Rolle des Focke-Museums als kulturelles Zentrum stärken. Dazu gehört auch die Überarbeitung der Dauerausstellung, in der wir künftig nicht nur Bremens Geschichte erzählen werden, sondern auch die vielfältigen Entwicklungen einer wachsenden Stadt, wie beispielsweise das Thema Migration.

Bremens Kulturakteure haben unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung ein attraktives und innovatives Kulturangebot für Bremen geschaffen. Dafür kann ich mich gar nicht genug bei allen Menschen, die in der bremischen Kultur arbeiten, bedanken!

Daher ist es für mich selbstverständlich, dass wir die Situation für die Kulturschaffenden in den kommenden Jahren verbessern wollen – Schritt für Schritt – auch wenn nicht alles möglich ist, was wünschenswert wäre.



Meine Damen und Herren,

die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven haben ein Anspruch auf Sicherheit und eine schnelle Aufklärung von Straftaten. Wir werden deshalb die Zielzahl der Polizeibeamten in beiden Städten deutlich anheben. Unser Ziel sind 2.900 Polizisten in Bremen und 520 in Bremerhaven. Um dies zu erreichen werden jährlich 200 bis 250 Auszubildende ihren Dienst in Bremen und Bremerhaven aufnehmen. Denn auch wenn wir ein liberales und weltoffenes Bundesland sind: Die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass sie sich hier sicher fühlen können.

Zur Erhöhung der Lebensqualität und der Stadtsauberkeit wird die Koalition den Ordnungsdienst in Bremen ausbauen. Ziel ist es, in den kommenden vier Jahren eine Personalausstattung von etwa 100 Außendienstkräften zu erreichen.

Wir werden perspektivisch noch in dieser Legislaturperiode 110 Kontaktpolizisten dauerhaft einsetzen und die Zahl der Verkehrsüberwacher auf 100 Vollzeitkräfte aufstocken.

Wir werden mit den Ressorts Verkehr und Wirtschaft ein gemeinsames Konzept „Parken in Quartieren“ entwickeln, um den Parkdruck dort zu verringern - durch Anwohnerparken, Quartiersgaragen oder Carsharing.

Konsequent vorgehen werden wir gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen. Wir sind stolz darauf, dass es in Bremen und Bremerhaven ein vielfältiges und buntes Engagement gegen Rechte gibt. Diese zivilgesellschaftlichen und staatlichen Aktivitäten gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit werden wir unterstützen und fördern. Um es klar zu sagen: Rechte Gewalttäter und Rechtsterrorismus gehören in den Fokus aller Sicherheitsbehörden – natürlich auch hier in Bremen.

Bei alledem sind wir – wie auch in den Gerichten, der Staatsanwaltschaft und den Justizvollzugsanstalten auf motivierte Beschäftigte angewiesen. Wir wollen deshalb:



- die Überstunden bei der Polizei abbauen,
- die bislang nur vorübergehende Personalverstärkung in der Justiz verstetigen und
- weitere Richter, Staatsanwälte, Servicekräfte und Justizvollzugsbeamte einstellen.

Unsere Asyl- und Aufenthaltspolitik richten wir auch zukünftig an humanitären Maßstäben aus. Wir treten dabei für die Fortsetzung von Landesaufnahmeprogrammen für besonders schutzbedürftige Menschen ein. Bei Aufenthaltsbeendigung setzen wir weiterhin auf freiwillige Ausreise samt einer Rückkehrberatung und betrachten Abschiebung nur als letztes Mittel. Kriminelle Menschen ohne deutschen Pass aber werden auch weiterhin abgeschoben.

Meine Damen und Herren,
ab 2020 hat Bremen einen größeren finanziellen Spielraum. Wir starten jetzt mit Hochdruck die Planung der Haushalte 2020/2021. Die Erwartungen sind groß. Klar ist aber – die Bäume wachsen auch in Zukunft nicht in den Himmel.
Nicht alles Wünschenswerte wird auch finanzierbar sein. Wir werden Prioritäten setzen müssen.

Ganz oben auf der To-do-Liste stehen:

- Die Sanierung und der Aus- und Neubau von Schulen und Kindertagesstätten sowie die Einstellung des notwendigen Personals für die neuen Klassen und Gruppen.
- Die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude.
- Bezahlbaren Wohnraum schaffen und sichern, insbesondere durch mehr Sozial- und Belegwohnungen.
- Mehr Personal in der öffentlichen Verwaltung – vor allem in den bürgernahen Bereichen und der öffentlichen Sicherheit.
- Der weitere Ausbau der Digitalisierung.



- Die Weiterentwicklung der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen entsprechend der Ziele des Wissenschaftsplans.
- Die Beschleunigung der Verkehrswende mit Maßnahmen für eine autofreie Innenstadt und zur Förderung des Radverkehrs.
- Die Attraktivierung des ÖPNV durch verbesserte Angebote und eine soziale und zukunftsfähige Tarifstruktur.
- Verstärkte und neue arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, insbesondere für alleinerziehende Frauen.
- Zielgenaue Wirtschaftsfördermaßnahmen für Unternehmen.
- Die Bekämpfung der Kinderarmut.
- Die Stärkung der Quartiere durch die Förderung gesellschaftlicher Initiativen.
- Die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung benachteiligter Gruppen.

Die Haushaltsberatungen werden sicher keine leichten Verhandlungen.

Ich bin mir aber sicher, dass am Ende konstruktive Kompromisse stehen werden – im Sinne einer generationengerechten Politik. Die Kinder und Jugendlichen von heute brauchen gute Betreuungs- und Bildungsangebote. Genauso wichtig ist es, ihnen in Zukunft finanzielle Handlungsspielräume zu ermöglichen und den Klimawandel zu begrenzen, um ihre Lebensgrundlagen zu sichern.

In diesem Jahr beenden wir die neunjährige Konsolidierungsphase. Ab 2020 gilt die Schuldenbremse für alle Bundesländer – das heißt, wir müssen mit dem Geld auskommen, dass wir einnehmen. Die im Grundgesetz und der Bremer Landesverfassung verankerte Schuldenbremse fußt auf der Erkenntnis, dass immer mehr Schulden zu machen, keine Lösung von Problemen bedeutet, sondern neue schafft.

Meine Damen und Herren,
die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes ist und bleibt eine Daueraufgabe. Sie ist für eine serviceorientierte Verwaltung von zentraler Bedeutung. Unter unserer Leitlinie „users first“ wollen wir durch zusätzliche Online-Angebote die Leistungen



für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine und Verbände effizienter und effektiver gestalten.

In Kürze wird man zum Beispiel Liegenschaftskarten online bestellen und bezahlen können. Das so genannte E-Government erleichtert Behördenkontakte und senkt den Arbeitsaufwand in der Verwaltung. Digitalisierung ist weit mehr, als vorhandene Formulare ins Netz zu stellen. Wir werden mit Hilfe digitaler Angebote das Leben der Bürgerinnen und Bürger erleichtern. Wir wollen möglichst viele Behördengänge überflüssig machen. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger setzen wir auf den verstärkten Datenaustausch zwischen Behörden. Auf Bundesebene setzen wir uns für die dafür oft notwendigen Gesetzesnovellen ein.

Meine Damen und Herren,

es gibt viele – auch hier im Haus – die sagen: Wir müssen uns vor allem um die wirtschaftliche Entwicklung unserer beiden Städte kümmern.

Andere fordern, dass das Soziale ganz vorne steht, die nächsten geben dem Klimaschutz die größte Priorität und andere wiederum wollen, dass wir uns mit ganzer Kraft für ein weltoffenes Bremen einsetzen.

Diese rot-grün-rote Koalition aber will das alles zusammen denken. Wir werden den sozialen Zusammenhalt stärken, die Bildung verbessern, dem Klimaschutz ein größeres Gewicht geben und gute Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft und damit auch für eine nachhaltige Haushaltspolitik schaffen. Und wir werden ein weltoffenes Bremen erhalten.

Das ist der richtige Weg in die Zukunft für unser Land und unsere beiden Städte. Und dafür stehe ich auch ganz persönlich.